

NÜRNBERGER ERKLÄRUNG

der Katholischen Stadtkirche Nürnberg
des Evangelisch-Lutherischen Dekanats Nürnberg
der Katholischen Betriebsseelsorge
des Evangelischen Kirchlichen Dienstes i.d. Arbeitswelt
und des DGB Region Mittelfranken



zur Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

GEMEINSAMER MAHNRUF FÜR GERECHTIGKEIT



Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise erschüttern die Welt. Aber die Banker der größten Finanzinstitute in den USA erhalten in der Krise 2009 Rekord-Boni - mehr als vor der Krise. Gleichzeitig steigt die Zahl der hungernden Menschen auf der Welt auf über eine Milliarde an.

Auch in einem der reichsten Ländern der Welt, in Deutschland, weisen die Sozialkassen derzeit ein fast zweistelliges Finanzierungsdefizit aus, mit steigender Tendenz. Kirchen und Gewerkschaft in Nürnberg haben große Sorge, dass die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Chance zur Beseitigung der strukturellen Ursachen der Krise verstreichen lassen. Mit einem Mahnruf für Gerechtigkeit rufen Kirchen und Gewerkschaft deshalb zur Umkehr auf.

Auswirkungen der Krise

Die derzeitige Wirtschaftsrezession, ausgelöst durch die Finanzmarktkrise, ist noch nicht überwunden. Leicht positive Quartalswachstumszahlen täuschen nicht darüber hinweg, dass wir uns in der größten Konjunkturkrise seit Bestehen

der Bundesrepublik befinden. Die Wirtschaft wird in diesem Jahr um vermutlich fünf bis sechs Prozent schrumpfen. Mit fatalen Folgen am Arbeitsmarkt und für die sozialen Sicherungssysteme. Bei vielen Menschen kommt die Krise jetzt erst richtig an.

„Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich.“

EKD-Wort zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, Juli 2009

Gerade Nürnberg und die Region sind besonders betroffen. Die hohe Exportabhängigkeit erweist sich in der Krise als gravierender Nachteil. Der gesamte Automotive-Bereich und der Maschinenbau erleben dramatische Auftragseinbrüche. Leiharbeiter wurden massenhaft entlassen. Ebenso befristet Beschäftigte. Auszubildende werden häufig nicht übernommen. In vielen Branchen gibt es keine Neueinstellungen mehr. Kurzarbeit wird für Tausende zum Rettungsanker. Wie lange noch? Bereits jetzt steigt die Arbeitslosigkeit. Sie ist doppelt so hoch im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt. Hinzu kommt der Niedergang von Quelle, der zu weiteren sozialen Verwerfungen in der Region führen wird. Gleichzeitig stagniert der Binnenmarkt auch wegen eines ausgedehnten Niedriglohnsektors von 21 Prozent im Nürnberger Stadtgebiet. Das ist der Preis für die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit. Um die Krise in der Region zu lösen, reicht es nicht aus, einseitig auf den Export zu setzen.

Ursachen für die Krise

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten großen Einfluss auf die politischen Konzepte auch in unserem Land gewann. Im Kern dieser Wirtschaftsphilosophie steht die Auffassung, dass nichts effizienter sei als der Markt. Einzig der freie Markt führe zum Wohlstand für alle. Eingriffe von außen seien zu unterlassen. Dies gelte vor

„Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer.“

Jesaja 32, 17

allem für den Staat, der sich aus dem Wirtschaftsgeschehen rauszuhalten habe. Die reine Marktorientierung wurde von manchen Protagonisten fast schon wie eine Heilsbotschaft vertreten. Vor diesem Hintergrund wurde Politik gestaltet: Deregulierung der Finanzmärkte, völlige Freizügigkeit für globale Waren- und Geldströme, einseitige Privatisierung der Daseinsvorsorge, Entlastung der Vermögenden bei gleichzeitiger Inkaufnahme einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen sind einige Facetten des neoliberalen Konzepts. In seinem Alleinvertretungsanspruch für kluges Wirtschaften ist es grandios gescheitert.

Der Markt braucht Regeln. Die Menschen müssen in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden. Das sind wichtige Erkenntnisse aus der Krise.

Kirchen und Gewerkschaften - mit gemeinsamen Werten gegen die Krise

Die Krise stellt auch Fragen an uns selbst. Wer nach den Ursachen für die Krise forscht, darf die Frage nach den ökologischen und sozialen Auswirkungen von Geldanlagen nicht vergessen, und dass Steuern nicht nur eine lästige Pflicht, sondern auch ein Solidarbeitrag für eine sozial ausgewogene Gesellschaft sind.

Die Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise mahnt zur Umkehr. Die Vertreter einer schrankenlosen Marktorientierung

haben ihr Versprechen, auf diese Weise Wohlstand für alle zu erreichen, nicht erfüllt. Wenn Habgier zur Selbstverständlichkeit wird und die Jagd nach übermäßigen Renditen die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen zerstört, braucht es einen Aufschrei. Deshalb fordern Kirchen und Gewerkschaften einen Prozess des Umdenkens. Sie folgen dem gemeinsamen Leitprinzip der Gerechtigkeit. Gerechte Lebensverhältnisse sind erst dann erfüllt, wenn dem Schwächsten die gleiche Würde zuerkannt wird wie dem Stärksten. Das Eintreten für die Benachteiligten muss Vorrang bekommen.

Deshalb kann die Lehre aus der Krise nur lauten: Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital. *„Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich.“* (EKD-Wort zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise). Die neue Enzyklika *„Caritas in Veritate“* fordert den Primat des Gemeinwohls vor der Wirtschaft. *„Das Wirtschaftsleben kann nicht alle gesellschaftlichen Probleme durch die schlichte Ausbreitung des Geschäftsdenkens überwinden. Es soll auf das Erlangen des Gemeinwohls ausgerichtet werden, für das auch und vor allem die politische Gemeinschaft sorgen muss.“*

Die christliche Sozialethik verlangt ein verstärktes Nachdenken über eine Beteiligungsgerechtigkeit, die auch den Schwachen dieser Gesellschaft eine wirkliche Chance eröffnet, ihre Lebensmöglichkeiten entfalten zu können. Chancengerechtigkeit, damit sie nicht im Formalen stecken bleibt, muss stets auch eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter zur Grundlage haben. Aufgrund real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen, so heißt es dazu im

gemeinsamen Wort der beiden Kirchen, *„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“,* hat Soziale Gerechtigkeit *„insofern völlig zu Recht den Charakter der Parteinahme für alle, die auf Unterstützung und Beistand angewiesen sind“.*

Kirchen und Gewerkschaft in Nürnberg stellen gemeinsam kritische Fragen und fordern Antworten. Beispiele dafür sind der *„Sozialpolitische Buß- und Betttag“*, die Veranstaltungsreihe *„Zeitenwechsel“* und die *„Allianz für den freien Sonntag“.*

Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung ist durch einen aktiven Politikwechsel einzuleiten.

Gerade das aktuelle Beispiel von Quelle mahnt zu einer Umkehr. Wir fordern deshalb dazu auf, die Kultur des Wirtschaftens grundlegend zu ändern. Anstatt kurzatmig auf Quartalszahlen zu schauen, Bilanzen oberflächlich für die Börse aufzupolieren, schnellen Gewinnen nachzujagen und Risiken in verschachtelten Unternehmensstrukturen zu verstecken, braucht es ein langfristig orientiertes und nachhaltiges Wirtschaften mit hoher Transparenz, das auch verlässlich gegenüber der eigenen Belegschaft ist.

Kirche und Gewerkschaft erkennen an, dass viele Akteure im Großraum Nürnberg große Anstrengungen unternehmen, um die Auswirkungen der Krise für den Arbeitsmarkt zu mildern. Wir rufen aber dazu auf, diese Bemühungen noch zu verstärken und auf eine breitere Basis zu stellen.

Kirchen und Gewerkschaft fordern struktur- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Großraum Nürnberg für diejenigen Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind: Kurzarbeit vor Entlassung, geförderte Auffangmaßnahmen zur Neu- und Umorientierung, öffentlich geförderter Arbeitsmarkt zu fairen Arbeitsbedingungen, Qualifizierung. Gerade in der Krise sind die Arbeitgeber aufgefordert, die prekäre Situation der Menschen nicht durch Lohndumping und vorenthalte

Beteiligungsrechte auszunutzen.

Die nächsten Jahre werden aller Voraussicht nach unter dem Blickwinkel der Schäden durch die Krise zu sehen sein. Politik muss den Menschen dienen, deshalb braucht es Stimmen für Gerechtigkeit.

Die Metropolregion in der Krise darf sich nicht nur als „Wirtschaftsraum“ sehen, sondern muss sich zwingend auch als „Solidarraum“ verstehen. Es braucht eine verstärkte Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, sozialen Trägern und Kirchen, unterstützt durch Strukturhilfen der Bayerischen Staatsregierung.

„Das Wirtschaftsleben kann nicht alle gesellschaftlichen Probleme durch die schlichte Ausbreitung des Geschäftsdenkens überwinden. Es soll auf das Erlangen des Gemeinwohls ausgerichtet werden, für das auch und vor allem die politische Gemeinschaft sorgen muss.“

Enzyklika Caritas in Veritate, Juli 2009

„Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen.“

Lukas 1, 53

Nürnberg, Oktober 2009